

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Betroffene vor Ort stärken

Liebe Leser_innen,
liebe Freund_innen,

während des Staatsaktes im Berliner Konzerthaus zum Gedenken an die zehn Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) bat Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende Februar die Angehörigen um Verzeihung für die jahrelangen Verdächtigungen und versprach eine umfassende Aufklärung der Morde. Semiya Simsek, die Tochter des Blumenhändlers Enver Simsek, der im September 2000 als erster dem NSU zum Opfer fiel, forderte anschließend in ihrer bewegenden Rede: „In unserem Land, in meinem Land, muss sich jeder frei entfalten können ... Lasst uns nicht die Augen verschließen und so tun, als hätten wir dieses Ziel schon erreicht.“

Wie weit entfernt von dieser Vision die Realität für viele Menschen ist, die im Weltbild der extremen Rechten und von Rassist_innen kein Lebensrecht haben, wird auch in der Bilanz der Mobilen Opferberatung für 2011 deutlich: Noch immer ereignet sich alle zwei bis drei Tage

eine politisch rechts motivierte Gewalttat (S.7). Zudem häuften sich seit Jahresbeginn Anschläge auf Parteibüros der Linken (S.4&5). Und viele Betroffenen erleben weiterhin, dass Polist_innen sie entweder für den Angriff mitverantwortlich machen oder das Erlebte bagatellisieren. So wie das kurdisch-türkische Paar aus Mücheln, das Ende Februar – nur zwei Tage nach der Gedenkfeier – in seinem Imbiss von Rechten angegriffen wurde und dessen Existenz nun unmittelbar bedroht ist (S.6). Um die Situation dieser und vieler anderer Betroffenen zu ändern, braucht es Polizist_innen, die rechte und rassistische Gewalt ernst nehmen und eine Zivilgesellschaft, die Betroffene vor Ort solidarisch stärkt.

Der Bundestag sowie die Landtage von Thüringen und Sachsen haben mittlerweile parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingerichtet, die das Versagen staatlicher Stellen aufklären sollen. Hinzu

kommt eine so genannte Bund-Länder-Kommission, welche die Pannen in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste aufklären und Handlungsempfehlungen aussprechen soll. Daneben wurde von Bund und Ländern ein datenschutzrechtlich höchst bedenkliches „Terrorabwehrzentrum Rechts“ beschlossen, in dem alle Daten über gewaltbereite Neonazis gespeichert werden sollen.

Auch der vom Bundesrat Anfang März beschlossene Gesetzentwurf zur stärkeren Bekämpfung so genannter Hasskriminalität im Strafrecht ist umstritten (S.3). Einstimmig hingegen ist die öffentliche Kritik am so genannten Kompetenzzentrum Rechts des Bundesfamilienministeriums. Hier werden 2 Millionen Euro für neue Websites ausgegeben, die andernorts dringend benötigt würden. Zum Beispiel zum Erhalt und Ausbau der Opferberatungsprojekte in Ost- und Westdeutschland. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Rassistische Tatmotivation bei verurteiltem Neonazi ignoriert

5. Oktober/ Bitterfeld-Wolfen (Anhalt-Bitterfeld)

Ein alternativer Jugendlicher wird auf dem Weg von seiner Schule von zwei Rechten verfolgt. Nach einer verbalen Auseinandersetzung flüchtet er, wird aber von den beiden eingeholt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und getreten.

5. Oktober/ Bitterfeld-Wolfen (Anhalt-Bitterfeld)

Auf dem Weg Richtung Holzweißig wird ein alternativer Jugendlicher von mehreren Rechten angesprochen. Daraufhin flüchtet er mit dem Fahrrad, wird aber von den Rechten mit einem Auto verfolgt und schließlich gestoppt. Ihm wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit Springerstiefeln gegen seinen Brustkorb getreten.

Das Amtsgericht Burg verurteilte am 9. Januar diesen Jahres den Angeklagten Christian L. wegen Körperverletzung und Beleidigung. Der Tathergang selbst ist von Seiten der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes unbestritten. Ignoriert wurde jedoch die rassistische Tatmotivation, indem der Richter diese weder während der Verhandlung zu hinterfragen bereit war noch in der Urteilsbegründung erwähnte. Demgegenüber hatte der Nebenklagevertreter des Betroffenen in seinem Plädoyer darauf hingewiesen, dass die rassistische Motivation bei der Strafzumessung strafverschärfend berücksichtigt werden müsse.

Was war passiert? Am Nachmittag des 9. Juli 2011 ist ein 31-jähriger Flüchtling aus dem Sudan auf dem Weg in den Shop der Aral-Tankstelle in Burg. Auf dem Gelände wird er von dem 25-jährigen Christian L., der dort mit einem Freund ein Auto wäscht, rassistisch beschimpft. Als der 31-Jährige ihn fragt, was denn sein Problem sei, antwortet L. „Du bist mein Problem!“. Der Flüchtling geht in den Tankstellenshop, um wie geplant eine Telefonkarte zu kaufen. Als er den Laden verlässt, ruft ihm Christian L. unter anderem nach: „Ey Neger, geh dahin zurück, wo du herkommst“. Der 31-Jährige bemüht sich, dem verbal ein Ende zu setzen und weist auf sein Recht in Deutschland zu sein hin. Als er merkt, dass das nichts bringt, schiebt er sein Fahrrad weiter und will gehen. Ihm werden weitere Beleidigungen nachgerufen, dann folgt ihm Christian L. und tritt ihm gegen die Brust. Dem Betroffenen gelingt es, den Fuß des Angreifers zu packen, sodass dieser kurz zu Boden geht, aber schnell wieder aufsteht und ihm mit der Faust ins Gesicht schlägt. Ein unbeteiligter Zeuge ruft dazwischen, woraufhin Christian L. von dem Betroffenen ablässt. Der 31-Jährige informiert die Polizei, die noch vor Ort die Personalien aufnimmt.

Verurteilter Neonazi

Eine rassistische Tatmotivation nicht zur Sprache zu bringen, ist in diesem Fall umso erstaunlicher, weil es sich bei dem Angeklagten Christian L. um einen gerichtsbekannten Neonazi handelt, der im Januar 2004 in Burg an einem tödlichen Angriff auf einen 46-jährigen Wohnungslosen beteiligt war. In diesem Fall wurde Christian L. vom Landgericht Stendal wegen Beihilfe zum Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von vier Jahren verurteilt. Das Gericht, ihr späteres Opfer sei wegen Kindesmissbrauchs verurteilt, hatte den vier Tätern im Alter zwischen 16 und 22 Jahre gereicht, ihn brutal zu misshandeln und schließlich mit einem „Bordsteinkick“ zu töten. Diese Tat spielte jedoch in dem neuen Verfahren keine Rolle. Das Gericht lehnte einen Beweisantrag der Nebenklage ab, das damalige Urteil im Gerichtssaal zu verlesen. Der Verteidiger von Christian L. tat den Totschlag als „Jugend-sünde“ ab, die nichts mit dem aktuellen Fall zu tun habe.

Bekannte Strategie

Der Tatzeuge und Freund des Angeklagten versuchte es vor Gericht mit der von Neonazis bekannten Strategie, das Verhältnis von Täter und Opfer umzudrehen. So sagte er aus, der Betroffene habe sie beleidigt und angegriffen. Er verstrickte sich dabei jedoch so sehr in Widersprüche, dass der Richter in seiner mündlichen Urteilsbegründung von einem „Lügenzeugen“ sprach, dessen Aussage nicht verwertbar sei.

Am Ende des zweitägigen Prozesses schloss sich das Gericht der Forderung der Staatsanwaltschaft an und verurteilte Christian L. zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 15 Euro. Dass der Angriff rassistisch motiviert war, ignorierte der Richter. Der Verteidiger von Christian L. hatte auf Freispruch plädiert, da sein Mandant nicht angegriffen habe und darüber hinaus auch kein Rechtsradikaler sei. Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. ■

Debatte:

Hate Crimes – Ist eine Gesetzesänderung der richtige Weg?

Die Bundesländer Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben gemeinsam einen Gesetzesantrag zur Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als verschärfende Umstände bei der Strafzumessung in den Bundesrat eingebracht. Wir haben die Jurist_innen Kati Lang und Peer Stolle um eine Bewertung gebeten.

Pro: Die Änderung ist überfällig

Rechte Gewalt ist nicht nur ein Angriff auf das einzelne Individuum, sondern soll Angst und Schrecken bei all Jenen verbreiten, die nicht in das eingeschränkte Weltbild der Täter_innen passen. Sie wirkt destabilisierend auf die demokratische Verfasstheit, weil deren Grundsätze eklatant in Frage gestellt werden. Minderheiten wird erschreckend bewusst, dass der Staat nicht in der Lage zu sein scheint, sie hinreichend zu schützen oder die Taten klar zu benennen. Trotz derzeitiger Rechtslage, die allgemein formuliert, dass die „Beweggründe und Ziele“ sowie „die Gesinnung, die aus der Tat spricht“ in die Strafzumessung einzubeziehen seien, ist eine gesonderte Regelung notwendig. Die Realität zeigt, dass Strafverfolgungsbehörden und Gerichte gerade bei rechten Gewalttaten das Motiv häufig nur unzureichend würdigen.

Prinzipiell ist also die aktuelle Initiative zu begrüßen. Grundsätzlich geht es allerdings nicht um Hass, sondern um Taten, die auf gesellschaftlich weit verbreiteten Ablehnungen gegenüber Minderheiten beruhen. Vorschläge, die pauschalisierend neben Rassismus allgemein von „Menschenverachtung“ sprechen, verkennen die notwendige Fokussierung. Denn Kern des Problems sind Angriffe auf Minderheiten, die gerade über keine gesellschaftliche Durchsetzungsmacht verfügen. Eine gesetzliche Regelung muss daher so ausgestaltet sein, dass sie genau jene Gruppen benennt und damit verdeutlicht, wo das Problem liegt – in Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Heteronormativität und Antipluralismus. ■

Kati Lang ist Juristin und promoviert an der TU Dresden zur strafrechtlichen Bewertung rechtsmotivierter Gewalttaten. Sie ist bei der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. tätig.

Contra: Die Nachteile überwiegen

Wenn gesellschaftlichen Problemen mit Verboten und Mitteln des Strafrechts begegnet werden soll, ist grundsätzlich Vorsicht angebracht. Der normverdeutlichende und normstabilisierende Effekt des Strafrechts ist ebenso begrenzt, wie dessen abschreckende Wirkungen. Zwar könnte eine eigene Regelung für „Hate Crimes“ der Bevölkerung gegenüber verdeutlichen, dass solche Taten und deren zugrunde liegende Motivation als besonders schwerer Verstoß gegen den allgemein akzeptierten Wertekanon empfunden werden. Damit muss sich aber nicht zwangsläufig die Hoffnung erfüllen, dass Polizei und Justiz die Motivation erkennen und als solche auch würdigen. Ebenso kann das Gegenteil der Fall sein. Gerichte könnten, um die damit verbundene zwingende Erhöhung des Strafrahmens zu vermeiden, eine negative Tatbestandskorrektur betreiben und einen Zusammenhang zwischen Vorurteil und Tat verneinen. Die gesetzliche Regelung würde ins Leere laufen. Ebenso könnte ihr eine bloße Alibifunktion zukommen, die nicht zu einer tatsächlichen Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden führt.

Die aktuellen Gesetzesentwürfe zeigen zudem, dass nicht bei fremdenfeindlicher und rassistischer Motivation Halt gemacht werden soll, sondern „Hass“, Weltanschauung und politische Einstellungen als strafscharfende Motivation angesehen werden können. In Zeiten der Extremismuskonzepte ist daher zu befürchten, dass damit der Einstieg in eine allgemeine gesinnungsstrafrechtliche Berücksichtigung politischer Motive gemacht wird. ■

Peer Stolle ist Rechtsanwalt in Berlin und Mitglied im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV).

22. Oktober/Bitterfeld-Wolfen (Anhalt-Bitterfeld)

Gegen 18:45 Uhr wird ein 19-jähriger Punk auf der Zugfahrt Richtung Dessau von in Bitterfeld zugestiegenen Fußballfans als „Zecke“ beschimpft, umzingelt und von einem der Männer mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Dann gelingt es dem Betroffenen und einem Freund zu flüchten und den Zugbegleiter zu informieren. Dieser verständigt die Bundespolizei und kann durch sein couragiertes Eingreifen einen weiteren Angriff verhindern.

22. Oktober/Bernburg (Salzlandkreis)

In einem Billardcafé wird ein Mann von einem Unbekannten zunächst rassistisch beschimpft. Dann schlägt der Mann mit der Faust auf ihn ein. Dem Betroffenen gelingt es schließlich, den Angreifer abzuwehren. Gegenüber der Polizei behauptet der Täter später, der Betroffene habe zuerst auf ihn eingeschlagen.

16. November/Halle

In einer Straßenbahn der Linie 1 werden zwei Brüder unvermittelt aus einer Vierergruppe rassistisch beschimpft. Dann nimmt einer aus der Gruppe die Tasche eines Betroffenen und schmeißt sie durch die Bahn. Als die Brüder am Franckeplatz aussteigen, werden sie von drei Personen aus der Gruppe verfolgt und angegriffen. Ein Betroffener wird mit einem Schlagring, sein Bruder von einem weiteren Angreifer mit Quarzsandhandschuhen geschlagen.

19. November/ Sangerhausen (Mansfeld-Südharz)

Kurz vor Mitternacht greift eine etwa zehnköpfige Gruppe Rechter während eines Benefizkonzertes vor dem Jugendclub „Mad House“ sitzende Punks an. Nach Pöbeleien schlagen die teilweise mit Schlagstöcken und Quarzsandhandschuhen bewaffneten Rechten einem Punk ins Gesicht und treten auf den am Boden Liegenden ein. Als Freund_innen intervenieren, werden auch sie angegriffen. Vor Ort eintreffende Polizeibeamte kontrollieren Zeugen zufolge zunächst die Personalien von Konzertbesucher_innen, anstatt die Verfolgung der flüchtenden Angreifer aufzunehmen. Schließlich gelingt es den Beamten, vier Tatverdächtige zu fassen. Mehrere Betroffene müssen ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

„Schönebeck ist da noch im Dornröschenschlaf“

Seit Jahresbeginn wurden zum wiederholten Male Anschläge auf die Wahlkreisbüros von Landtagsabgeordneten der Partei Die Linke in Magdeburg und Schönebeck verübt. In Magdeburg hinterließen die Unbekannten zudem neonazistische Symbole und Parolen am Wahlkreisbüro des Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert und der Abgeordneten Eva von Angern. Das Büro der Land- und Kreistagsabgeordneten sowie Stadträtin Sabine Dirlich (Die Linke) in Schönebeck wurde bereits acht Mal attackiert. Wir sprachen mit Ina Köhnkow, seit 1994 Mitarbeiterin von Dirlich und langjährige Beobachterin der rechten Szene in der Region.

Frau Köhnkow, sie arbeiten seit 1998 in Schönebeck. Dort wie auch auf andere Parteibüros gab es in der Vergangenheit immer wieder Anschläge. Was ist diesmal passiert?

Es gab immer wieder Schmierereien, im letzten Jahr fanden wir Hakenkreuze an den Fenstern, in unserem anderen Büro in Schönebeck wurden bereits früher Scheiben eingeworfen. Dann kam dieser Anschlag am 14. Januar diesen Jahres. Dabei wurden in unserem neuen Büro mehrere Scheiben, die wegen des Vormieters aus Sicherheitsglas waren, eingeworfen. Bei unserem alten Büro fanden wir Aufkleber mit „Freies Netz“.

Ihnen war also klar, wo die Täter_innen herkommen?

Ja, das war ganz eindeutig, wenn man bestimmtes Hintergrundwissen hat. Aber leider hat die Polizei das anders gesehen.

Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung. Sind sie zufrieden mit der Problemwahrnehmung und dem Engagement der Beamt_innen?

Mittlerweile ja. Am Anfang wurde ja gesagt, es handele sich um eine reine Sachbeschädigung, ein politischer Hintergrund sei nicht erkennbar. Mein Lieblingszitat in diesem Zusammenhang ist, dass „das Werfen von Steinen und Gullydeckeln nicht sofort auf eine vorsätzliche Tat schließen lässt“. Wir

sind dann im Rahmen der beiden Anschläge an die Öffentlichkeit gegangen. Meine Chefin hat die Polizei öffentlich kritisiert und das Verharmlosen der Taten angeprangert.

Hat es geholfen?

Ja, jetzt haben wir einen guten Kontakt zur Polizei, es wurden verschiedene Maßnahmen getroffen. So wird mein Büro fast rund um die Uhr bewacht und wir haben über weitere Objektsicherung gesprochen. Mittlerweile sind wir sehr zufrieden.

Wie hat die direkte Nachbarschaft reagiert?

Nicht nur die direkte Nachbarschaft hat solidarisch reagiert. Die Leute regen sich wirklich furchtbar darüber auf. Wir haben unser Büro ja auf dem Marktplatz in Salzelmen, dadurch kommen hier viele Menschen vorbei. Und die Leute sehen Zusammenhänge, eine ältere Dame beispielsweise brachte den Anschlag gleich in den Zusammenhang mit dem Naziaufmarsch in Magdeburg. Es gibt eine große Solidarisierung. Das hat mich erstaunt, so habe ich das bisher nicht erlebt.

Und die anderen Mieter_innen?

Bei den anderen Mieter_innen hatte ich befürchtet, dass es Ärger gibt, aber da habe ich mich getäuscht. Nur das Verhältnis zum Vermieter ist schwierig, er weigert sich, die vollen Kosten für die Scheiben zu übernehmen, obwohl er unserer Kenntnis nach dazu verpflichtet ist.

Wie war die Unterstützung innerhalb der Partei?

Bei den Anschlägen in der Vergangenheit gab es da den ein oder anderen Anruf und Nachfragen „Wie geht es dir?“ und „Kommst du klar?“. Dieses Mal gab es das leider überhaupt nicht. Aber ich habe mich auch nicht in Magdeburg bei meiner Kollegin in dem anderen betroffenen Büro gemeldet, ist mir dann bewusst geworden.

Gewöhnungseffekt?

Ja, ich glaube es fast.. auch wenn das bitter ist.

Wie aktiv ist die rechte Szene in Schönebeck? Gab es weitere Angriffe in der Region?

Die Rechte in Schönebeck ist ziemlich aktiv. Es gibt einen harten Kern von etwa 20 Leuten, die aktiv im Landtagswahlkampf agierten. Auch im Straßenbild sind die Rechten sehr präsent, es gibt viele rechte Schmierereien, kaum ein Laternenmast ist nicht beklebt. Und es gab in der Vergangenheit auch Überfälle auf Linke in Wohnungen. Dann gab es 2006 den Angriff in Pömmelte, bei dem ein schwarzer Jugendlicher schwer misshandelt wurde, in Pretzien wurde das Tagebuch der Anne Frank verbrannt, das gehört alles zum Dunstkreis der Schönebecker Naziszene. Das ist auch nicht neu. Schon 1997 hat es einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim gegeben und im Jahr 2000 einen Überfall auf Iraker. Die Asylbewerber haben damals gegen die Zustände im Heim demonstriert, aber sie sind mehr oder weniger unter sich geblieben. Die Empörung in der Öffentlichkeit war eher gering.

Gibt es Diskussionen um rechte Gewalt in der Stadt?

Momentan nicht. Es gab aber in der Vergangenheit verschiedene Ansätze. So gab es im Jahr 2000 den Versuch, ein „Schönebecker Bündnis gegen Rechts“ zu schmieden. Gleich die erste Veranstaltung wurden aber zum „Bündnis gegen Links“, weil da 20 Nazis auftauchten und die Diskussion übernahmen. Die Initiatoren waren leider nicht in der Lage, darauf konsequent zu reagieren. Im Nachhinein haben wir – damals als Verein „Schönebecker Courage – Gemeinsam gegen rechts e.V.“ angeregt, sich mit der Wortergreifungsstrategie der Nazis auseinanderzusetzen. Aber ich denke, dass es jetzt vielleicht wieder vermehrt Aktivitäten gegen rechts geben wird, weil die gesellschaftliche Akzeptanz heute höher ist. Die Leute wachen möglicherweise auf. Zum Beispiel hat die Lokalpresse den Anschlag auf unser Büro gut aufgegriffen und verfolgt die Ermittlungen weiter. Das war vor fünf Jahren nach den ersten Schmierereien noch nicht so.

Welchen Stellenwert hat Ihrer Erfahrung nach die öffentliche Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit rechter Gewalt vor Ort?

Mehr als die Empörung Einzelner über kaputte Fensterscheiben ist bisher leider nicht

passiert. Eine öffentliche Solidarisierung wäre von Nöten, aber Schönebeck als Kleinstadt ist da eher noch im Dornröschenschlaf. Rechte Gewalt, das ist ja für die Leute die kaputte Fensterscheibe, deshalb ist es für die eine Sachbeschädigung. Für mich ist das weitaus mehr, es ist Gewalt gegen uns als Linke, und ich fühle mich damit auch nicht besonders gut. Ich fühle mich bedroht, auch wenn ich keine Angst habe. In der öffentlichen Wahrnehmung muss meiner Meinung nach noch einiges passieren.

Was?

Zunächst müssten die Straftaten als solche erkannt werden. Was mich stört, ist die Ignoranz im Umgang mit Schmierereien, da heißt es dann, „das ist doch nur der Kumpel von nebenan“.

Welche Strategien und Maßnahmen halten Sie im Umgang mit rechten Gewalt vor Ort darüber hinaus für sinnvoll und notwendig?

Was wirklich wichtig ist: Bildung, Bildung, Bildung. Und das zivilgesellschaftliche Engagement muss gestärkt werden. Notwendig ist auch die Sensibilisierung in Schulen, in der Jugendarbeit, in Behörden. Und den Alltagsrassismus benennen: Ich war neulich im Einkaufsmarkt, da haben sich zwei junge Frauen unterhalten, die eine sagt: Komm, gehen wir noch über'n Fidschi-Markt. Da geht es doch schon los: das ist Alltagsrassismus. Wichtig ist auch die Betreuung von Opfern von Rassismus. Was passiert aber? Mittel für Projekte gegen rechts werden gekürzt statt aufgestockt, das ist natürlich unglaublich.

Gibt es Ansätze?

Was ich positiv hervorheben würde ist beispielsweise ein Projekt in der Sekundarstufe bei uns. Die Lerchenfeldschule, die auch den Titel „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ trägt, hat verschiedene Aktivitäten gestartet. Dort gibt es etwa das Projekt „Weg des Grauens“, das an die Deportation Schönebecker und Barbyer Juden in den Jahren von 1942 bis 1944 erinnert. An dieser Schule gibt es wahrscheinlich keine rechten Schmierereien, weil sie sich aktiv mit dem Thema beschäftigt und Projekte entwickelt hat.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

Kurz nach Mitternacht wird ein 21-jähriger Alternativer an einer Tankstelle von einem Unbekannten auf einen Button an seinem Basecap angesprochen. Etwas später wird sein 34-jähriger Begleiter von einem weiteren Unbekannten aus der insgesamt etwa achtköpfigen Gruppe angepöbelt. Die beiden entschließen sich zu gehen, werden aber von drei Männern verfolgt, darunter einem polizeibekanntem Rechten. Dieser schlägt den 34-Jährigen von hinten gegen die Schläfe. Als er daraufhin ankündigt, er werde die Polizei rufen, reagiert der Angreifer mit „Mach doch!“ und „Kategorie C“. Die Betroffenen flüchten, wobei der Angreifer den Alternativen noch zwei Mal zu Boden reißt. Noch während sie aus einiger Entfernung die Polizei alarmieren, kommt die Gruppe erneut auf sie zu, woraufhin sie zum nahegelegenen Krankenhaus flüchten. Beide Betroffene müssen ambulant behandelt werden.

10. Dezember/ Stendal

Als am Samstagabend ein 21-jähriger Schwarzer Deutscher die Diskothek „Tanzcafe“ betreten will, wird er von einem 22-jährigen Mitarbeiter des Clubs daran gehindert und sofort geschlagen. Er erleidet leichte Verletzungen im Gesicht. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Vor Ort:

Rassistischer Angriff in Mücheln zerstört Existenz

Spendenaufruf

Nach dem rassistischen Angriff steht die Kleinfamilie N. vor den Trümmern ihrer Existenz. Deshalb bittet die Mobile Opferberatung um Spenden für den entstandenen finanziellen Schaden: als deutliches Zeichen der praktischen Solidarität mit der betroffenen Familie und als klares Signal an die Täter_innen, dass rassistische Gewalt und die Verherrlichung der NSU-Morde nicht geduldet werden.

Spendenkonto:

Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Konto-Nr.: 53 53 53
Bankleitzahl: 810 205 00
Verwendungszweck: Angriff Mücheln

Miteinander e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Auf Wunsch wird Ihnen gern eine Spendenbescheinigung übersandt. Gehen mehr Spenden ein, als zur Bewältigung der Angriffsfolgen benötigt werden, werden sie dem von Miteinander e.V. verwalteten Opferfonds zur Verfügung gestellt, um weitere Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unbürokratisch finanziell zu unterstützen.

Mehr dazu auf:
www.miteinander-ev.de

Ein halbes Dutzend Rechte haben am 25. Februar 2012 in Mücheln (Saalekreis) einen türkischen Imbissbetreiber und seine Lebensgefährtin vor den Augen ihrer siebenjährigen Tochter angegriffen und in Todesangst versetzt. Gegen 17 Uhr betraten sechs Unbekannte, darunter zwei Frauen, das erst vor knapp vier Monaten eröffnete „Grillhaus“. Bevor zwei der Männer den 25-jährigen Yasar N. (Name geändert) zu Boden warfen und auf ihn eintraten und -schlugen, drohte einer der Angreifer dem Paar: Wenn sie den Laden bis zum 20. April – dem Geburtstag des „Führers“ – nicht zumachen würden, seien sie „die 12. Person“, die in der Zeitung stünden.

Bei dem Versuch, den Angriff zu beenden wurde die Lebensgefährtin von Yasar N. durch einen Faustschlag an der Schulter verletzt. Währenddessen machte sich die Gruppe lautstark über die Betroffenen lustig. Erst als die 32-jährige Kurdin, die die Angreifer immer wieder anschrie aufzuhören, zur Theke lief und ein Dönermesser ergriff, ließen die Angreifer von Yasar N. ab. Dadurch gelang es ihm auch, die 7-Jährige, die bis dahin alles hatte mit ansehen müssen, in einem Abstellraum in Sicherheit zu bringen. Die Angreifer verließen währenddessen das Lokal und die Betroffene bat eine Kundin, die Polizei zu alarmieren.

Angst um ihr Leben

Kurz darauf versuchten mehrere Rechte noch einmal, in den Imbiss zu gelangen. Mit letzter Kraft gelang es dem Paar trotz erneuter Schläge und Fußtritte die Eingangstür zu verschließen. Dann zerstörten die Angreifer eine Doppelglasscheibe der Tür, so dass beide Betroffenen durch Glassplitter verletzt wurden. In der Zwischenzeit sammelten sich immer mehr Rechte vor dem Geschäft und verhöhnten die Betroffenen. Noch zwei Mal bat das Paar über Notruf die Polizei um Hilfe. Dennoch dauerte es geraume Zeit, bis schließlich ein einziger Streifenwagen vor Ort eintraf. Doch anstatt für eine medizini-

sche Behandlung des am Ohr blutenden Betroffenen zu sorgen, bagatellierte einer der Beamten die Verletzung und führte einen Atemalkoholtest bei ihm durch. Vergeblich hatte Yasar N. ihn darauf hingewiesen, dass er als Moslem keinen Alkohol trinke.

Seit dem Angriff fühlt sich das türkisch-kurdische Paar im „Grillhaus“ nicht mehr sicher und fürchtet angesichts der unmissverständlichen Drohung mit einer NSU-Nachahmertetat um ihr Leben. Am Tag nach dem Angriff, als Yasar N. einige Sachen aus seinem Imbiss holen wollte, fuhren mehrere Rechte – darunter auch zwei der Angreifer – mehrfach mit PKWs und aufheulem Motor an dem Geschäft vorbei. Zudem fand das Paar mittlerweile mehrere Aufkleber mit rechten Parolen am und in der Nähe des Imbisses.

Existenzielle Notlage

Trotz der massiven Ängste war Yasar N. aufgrund finanzieller Nöte gezwungen, den Imbiss nach einwöchiger Pause wieder zu öffnen. Ein Teil der auf Kommission gekauften Lebensmittel konnte nun nicht mehr verarbeitet werden. Viel schwerer aber wiegt, dass seit dem Angriff die Kundschaft ausbleibt. Wovon der 25-Jährige die laufenden Kosten begleichen soll, ist ungewiss. Auch die kaputte Scheibe, die nicht von der Versicherung gedeckt ist, kann er momentan nicht ersetzen. Denn Yasar N. hat sich für die nötige Renovierung und Ausstattung des erst im November 2011 eröffneten Imbiss über etliche tausend Euro verschuldet.

Eines steht für den 25-Jährigen allerdings fest: Auf Dauer wird er nicht in Mücheln bleiben. Zwar hat die Polizei mittlerweile umfangliche Maßnahmen zum Schutz des Imbiss getroffen. Doch die Angst vor einem erneuten Angriff bleibt. Eine Perspektive als Imbissbetreiber ist für Yasar N. momentan nicht vorstellbar. Sollte er keinen Nachmieter für den Imbiss finden, der die neugekaufte Einrichtung übernimmt, steht er vor dem finanziellen Ruin. ■

Rechte Gewalt 2011 weiterhin auf hohem Niveau

132 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit mindestens 195 direkt Betroffenen haben die Mobile Opferberatung und die Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten in Dessau für 2011 in Sachsen-Anhalt registriert. Damit bleibt die bekannt gewordene Anzahl rechter Angriffe auf dem hohen Niveau des Vorjahres (2010: 132). In 95 Prozent der Fälle handelt es sich um Körperverletzungen (125). Daneben wurden drei Brandstiftungen, zwei Nötigungen/Bedrohungen mit gravierenden Folgen sowie zwei räuberische Erpressungen in die Statistik aufgenommen.

Das Magdeburger Innenministerium gab demgegenüber Anfang März 92 politisch rechts motivierte Gewaltstraftaten für 2011 und damit einen Anstieg um rund 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bekannt (2010: 80). Die Diskrepanz zwischen den unabhängigen und offiziellen Zahlen erklärt sich u.a. dadurch, dass die Mobile Opferberatung auch Gewalttaten dokumentiert, die nicht zur Anzeige gebracht wurden (2011: 20%), aber auch durch eine teilweise differierende Bewertungen der Tatmotivation.

Schwerpunkte

Einen Spitzenplatz mit 28 Gewalttaten nahm in 2011 zum wiederholten Male die Landeshauptstadt Magdeburg ein (2010: 17). Dahinter folgen das Jerichower Land mit 16 (2010: 19), Halle (Saale) mit 15 (2010: 5) sowie die Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Stendal mit 13 (2010: 9 bzw. 4) bekannt gewordenen politisch rechts motivierten Angriffen. Während die Mobile Opferberatung für 2010 einen besorgniserregenden Anstieg rassistisch motivierter Gewalttaten (2010: 42%, 2009: 24%) registriert hatte, lag ihr Anteil im Jahr 2011 noch immer bei 33 Prozent. Auch nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene gehören weiterhin zu den Hauptbetroffenen rechter Gewalt (33%). Auffällig für 2011 ist der Anstieg von zumeist gezielten Angriffen auf politisch Aktive, deren Anteil (30%) sich im Vergleich

zum Vorjahr nahezu vervierfacht hat (2010: 8%). Das Innenministerium sieht für den festgestellten Anstieg politisch rechts motivierter Gewaltstraftaten einen Zusammenhang mit der Landtagswahl im März 2011 sowie mit Neonazidemonstrationen, u.a. die Jahrestage der Bombardierung Magdeburgs und Dessaus sowie den 1. Mai.

So gingen Neonazis im Zusammenhang mit Aufmärschen häufiger gewaltsam gegen sog. "politische Gegner" vor, wie mit dem Brandanschlag auf das Autonome Zentrum Salzwedel Mitte Mai 2011. Zudem wurden politisch Aktive vermehrt vor, während oder nach – von rechten Versammlungen unabhängigen – Protestaktionen angegriffen. Beispielsweise ein 21-Jähriger auf dem Weg zu einer Antifademonstration Mitte Februar 2011 in Magdeburg-Reform oder die Teilnehmer_innen einer Demonstration für Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen Ende Juli 2011 in Merseburg. Daneben wurden öfter insbesondere junge Menschen als Antifaschist_innen attackiert, wie ein 22-Jähriger Anfang Juli 2011 in Köthen, der als „Scheiß Antifa“ beschimpft und geschlagen worden war.

Hohe Dunkelziffer

Statistisch gesehen ereignet sich somit alle zwei bis drei Tage ein politisch rechts motivierter Angriff in Sachsen-Anhalt. Zahlreiche Dunkelfeldstudien legen nahe, dass das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt noch wesentlich höher ist. So ermittelte eine Studie der Europäischen Grundrechteagentur aus 2009, dass lediglich ein Viertel aller rassistischen Gewalttaten zur Anzeige kommt.

Vor diesem Hintergrund rechnen wir wie in den vorangegangenen Jahren damit, dass sich die Zahl für 2011 durch Nachmeldungen noch erhöhen wird. So hatte die Mobile Opferberatung Ende Februar 2011 zunächst 101 politisch rechts motivierte Gewalttaten für das Jahr 2010 bekannt gegeben. Ein Jahr später mussten wir die Zahl auf 132 Gewalttaten nach oben korrigieren. ■

20. Dezember/ Braunsbedra (Saalekreis)

Gegen 13 Uhr werden drei Flüchtlinge aus dem Irak, darunter eine schwangere Frau, auf dem Weg zum Einkaufen bei ihrer Ankunft am Bahnhof von drei augenscheinlich Rechten u.a. mit „Ausländer raus“ angepöbelt. Als die Betroffenen weglaufen, werden sie von den Unbekannten verfolgt und dabei mit Bierflaschen beworfen. Dabei wird ein 35-jähriger Flüchtling am Bein getroffen. Unter weiteren rassistischen Beschimpfungen laufen die Angreifer den Betroffenen bis zum Supermarkt hinterher und werfen dabei erneut mit Flaschen nach ihnen. Während sie sich „Sieg Heil“ grölend vor dem Markt aufbauen, beschädigen sie das dort abgestellte Fahrrad eines Betroffenen. Alarmierte Polizeibeamte stellen die Personalien der Angreifer fest. Der Staatsschutz ermittelt u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung.

Auf der Website

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Ausstellung „Blackbox Abschiebung“

Welche Umstände, Zufälle, welche Entscheidungen und Schicksale haben Zuwanderer_innen nach Deutschland gebracht? Welche Erlebnisse prägen ihre Wahrnehmung des Landes, in dem sie letztendlich gelandet sind und vielleicht doch nicht bleiben können? Die jetzt erstmals in Sachsen-Anhalt gezeigte Ausstellung „Blackbox Abschiebung“ bringt den Besucher_innen die Lebenssituation von Migrant_innen und Flüchtlingen näher und nimmt zugleich Bezug zu Diskursen über die Asylpraxis und eine „multikulturelle Gesellschaft“. Im Mittelpunkt der von Miteinander e.V. in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt und no lager halle gezeigten Ausstellung stehen neun Personen, die von Abschiebung bedroht sind oder abgeschoben wurden und vor der Kamera ihre persönliche Geschichte erzählen. Konzipiert von dem Kölner Dokumentarfilmer Ralf Jesse, tourt die Wanderausstellung seit einem Jahr durch Deutschland. In Halle (Saale) wird sie – begleitet von Veranstaltungen und Filmen rund um das Thema Migration und Abschiebung – **vom 13. April bis zum 3. Mai 2012 im Thalia Theater Halle, Kardinal-Albrecht-Straße 6, 06108 Halle (Saale)** gezeigt. ■

Lesetipp:

„Deutsche Zustände. Folge 10“ – kein Grund zur Entwarnung

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der 10. und damit letzte Band der Reihe „Deutsche Zustände“ herausgegeben, in dem einerseits die Vorkommnisse des Jahres 2011 behandelt und andererseits die Ergebnisse der Langzeitstudie bilanziert werden. Seit 2002 arbeitete ein Team von Wissenschaftler_innen unter Leitung des am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld ansässigen Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) in Deutschland.

Heitmeyer selbst wertet die abnehmende Solidarität innerhalb der Gesellschaft als markantestes Ergebnis seiner Studie. Er sieht die Gefahr vor allem in einer weit verbreiteten Vorstellung von einer homogenen Gesellschaft, in der Personengruppen nach „kapitalistischer Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz“ beurteilt werden.

So teilten 2011 deutlich mehr als ein Drittel der Befragten prinzipiell nicht die Auffassung, dass Menschen gleichwertig seien. Abwertende Haltungen gegenüber Wohnungslosen und Menschen mit Behinderung nahmen im vergangenen Jahr zu.

So stimmten rund 35 Prozent der Aussage zu, dass bettelnde Obdachlose aus Fußgängerzonen entfernt werden sollten. Leicht zurückgegangen sind hingegen die Feindlichkeit gegenüber Muslimen, Antisemitismus und Homophobie. Doch auch das ist kein Grund zur Entwarnung, denn ein Drittel der Befragten fühlt sich von den hier lebenden Muslimen „überfremdet“; ein Viertel empfindet Küsse von Homosexuellen als „ekelhaft“. Besorgnis erregend ist auch der festgestellte Zusammenhang von GMF und einer befürwortenden Haltung zu Gewalt. ■

Heitmeyer, Wilhelm (Herausgeber): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, 2011.

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über zweihundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“



und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

